

TTIP: Für ein vernünftiges Handelsabkommen mit den USA

■ **TTIP** Seit einigen Monaten finden zwischen der Europäischen Union und den USA Verhandlungen über neue Regelungen für den transatlantischen Handel statt (TTIP-Abkommen). Dabei geht es um Zölle, technische Standards, den Verbraucherschutz, die Kennzeichnung von Produkten und vieles mehr. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im EU-Parlament und im Bundestag haben deutlich gemacht, dass sie dem nur zustimmen, wenn TTIP unsere europäischen Standards nicht einschränkt. Auch in der Hamburgischen Bürgerschaft haben wir uns damit befasst.

TTIP bietet Chancen besonders für kleine und mittlere Unternehmen – gerade in der Welt-handelsstadt Hamburg. Sie sind es, die sich heute den Zugang zum US-amerikanischen Markt aufgrund hoher Hürden häufig nicht leisten können oder durch US-Handelsrestriktionen benachteiligt werden. Wir wollen ein Freihandelsabkommen, das Handel und Wachstum auf beiden Seiten stärkt. Die bestehenden Standards müssen auf dem jeweils höchsten Niveau vereinheitlicht werden und die Regulierungshoheit des Staates darf nicht angetastet werden.

■ **ISDS** Viel diskutiert werden die Überlegungen zu einem Streitbeilegungsmechanismus in TTIP für Investoren und Staaten (ISDS) in Form privater Schiedsverfahren. Unsere Haltung dazu ist klar: ein Investorenschutz, der den bestehenden deutschen und europäischen Standards entspricht, kann sinnvoll sein. Die vorgesehenen privaten Schiedsgerichte sind jedoch überflüssig und zweifelhaft – unsere Gerichte sorgen für ordentlichen Rechtsschutz.

■ **Transparenz** Unsere Kritik an der zu Beginn hohen Intransparenz der Verhandlungen hatte Erfolg: Mittlerweile stehen viele Informationen zu den Verhandlungen nicht mehr nur den Parlamentariern und Regierungen, sondern auch der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung. Die Zivilgesellschaft mit den Verbraucherschutz- und Umweltverbänden sowie den Gewerkschaften wird beteiligt.

■ **CETA** Anders als TTIP ist das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) bereits fertig ausverhandelt. Der enthaltene Investorenschutz wird auch hier nicht dazu führen, dass kanadische Unternehmen gegen Gesetze klagen können, die dem Allgemeinwohl dienen. Der gesetzgeberische Handlungsspielraum zum Schutz öffentlicher Interessen ist gewahrt.

Hierauf hatte Wirtschaftsminister Gabriel jüngst hingewiesen und in Hinblick auf CETA betont, dass Deutschland nicht als einziges europäisches Land gegen ein ausverhandeltes Abkommen stimmen könne, das alle anderen, auch die sozialdemokratisch geführten EU-Mitgliedstaaten wegen seiner Vorteile für Europa befürworten.



An die
SPD-Bürgerschaftsfraktion

Hamburger Rathaus
Rathausmarkt 1
20095 Hamburg

Kontakt

Ich habe Interesse

- an Informationen zur Arbeit der SPD-Fraktion.
- am Besuch einer Sitzung der Bürgerschaft.
- an einem persönlichen Gespräch mit einer oder einem Abgeordneten aus meinem Stadtteil.

Mein Stadtteil: _____

- an einem persönlichen Gespräch mit einer oder einem Abgeordneten

zum Thema: _____

- am Erhalt des E-Mail-Newsletters.

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

SPD-Bürgerschaftsfraktion, Hamburger Rathaus (3. Stock), Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Telefon: (040) 428 31 - 13 25, Telefax: (040) 428 31 - 24 35, E-Mail: info@spd-fraktion.hamburg.de